

# Hermannstädter Zeitung vereinigt mit dem Siebenbürger Boten.

**Erste**  
außer der Sonn- und  
Feiertage täglich.  
Preis für das halbe Jahr  
5 fl., das Vierteljahr 2 fl.  
50 kr., ein Monat 85 kr.  
Mit Zustellung in das  
Haus 1 fl.  
Einzeln Nummern 5 kr.  
Mit  
**Postversendung:**  
Im Inland:  
halbjährig 7 fl. viertel-  
jährig 3 fl. 50 kr. 8. W.  
Im Ausland:  
vierteljährlich 4 fl. 50 kr.  
Redakteur und Eigen-  
thümer  
Th. Steinhausen.

**Anzeige**  
aller Art werden in der  
Steinhausen'schen Buch-  
druckerei angenommen, für  
Post bezogen werden:  
Haasenstein & Vogler,  
Joh. G. Neumann, Neudamm,  
L. Lang & Co., Ann. G. G.  
Bd. 1; für Wien die  
Ann. G. G. A. Oppelk,  
Wollzeile 22, Haasenstein  
& Vogler I. Wallfisch, 10,  
R. Mosse, Seilerstraße 2;  
fürs Ausland Haasen-  
stein & Vogler in Berlin,  
Gamburg, Frankfurt am  
Main, Basel und Ba. S.  
Der Raum einer einze-  
ligen Spalte kostet  
beim einmaligen Einrücken  
7 kr., das 2. Mal 6 kr., das  
3. Mal 5 kr., 8. W., ord. der  
Stempelpflicht 30 kr.

**Abonnements-Bureau:** In Mediasch bei Joh. Hedrich's Erben, Buchhandlung; in Schässburg in C. J. Habersang's Buchhandlung (C. F. Erlert); in Szasz-Begen bei Herrn Dengjel & Wachner, Kaufleute; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Mühlbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in Maros-Vasárhely in Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bistritz bei Herrn Schell & Comp. Buchhändler; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeldner, Buchhändler; woselbst die Abonnements-Beiträge franco erbeten werden.

Nr. 144.

Hermannstadt, Dienstag am 23. Juni

1874.

## Pränumerations-Einladung

auf die  
Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.

Da mit Ende dieses Monats die Pränumerations der „Hermannstädter Zeitung“ vereinigt mit dem „Siebenbürger Boten“ für das erste Semester schließt, so erlauben wir uns die verehrten Abonnenten zur weiteren Theilnahme höflichst mit dem Bemerkten einzuladen, daß wir auch ferner die wichtigsten Ereignisse wie bisher, in Telegrammen 2 Tage früher als die hier eintreffenden Wiener und Pesther Blätter bringen, und auch alle sonstigen Nachrichten schnell und correct liefern werden.

Die Abonnements-Bedingungen sind wie bisher mit Franco-Postzusendung:  
für das dritte Vierteljahr (Juli, August, September) 3 fl. 50 kr.  
" " zweite Semester (Juli bis Ende December) 7 fl. — kr.  
" einen Monat 1 fl. 20 kr.  
" zwei Monate 2 fl. 34 kr.

In Loco:  
für das dritte Vierteljahr (Juli, August, September) 2 fl. 50 kr.  
" " zweite Semester (Juli bis Ende December) 5 fl. — kr.  
" Juli — fl. 85 kr.

**Redaction und Verlag**  
der „Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“  
Theodor Steinhausen.

Hermannstadt, 22. Juni.

Wie man es nicht anders erwarten konnte, hat das ungarische Abgeordnetenhaus die Petitionen auf Verlegung des Ministers des Innern in dem Anklagestand, welche aus einigen Theilen des Königsbodens eingeklagt waren, abgewiesen und zwar aus dem Grunde, weil durch die bereits erfolgte Enunciation des Hauses aus Anlaß der Antwort, welche Graf Szapary auf die Interpellation Gull erteilt hatte, dieser Gegenstand ein erledigter sei. Wir bringen die bezügliche Debatte vollständig nach dem uns mitgetheilten stenographischen Berichte an anderer Stelle. Man sieht aus dem Berichte, daß die Sache weniger Staub aufwirbelte, als man vorausgesetzt hatte, von den hervorragenden ungarischen Deputirten beschäftigte sich Niemand daran und nur Herr v. Eszernatony, welcher seine frühere Anschauung verlassend, nummehr in ganz und gar nicht gerechtfertigter Bersekererwuth die freien Sachen angriff, war leidenschaftlich — allein seine Herausforderungen verfehlten ihren Zweck, die Provocation einer gleichartigen Erwiderung aus dem sächsischen Lager war umsonst und so hatte die Verhandlung im Allgemeinen einen ruhigen würdigen Verlauf.

Daß wir uns mit dem mit großer Majorität gefassten Beschlusse nicht zufrieden erklären können, das liegt auf der Hand. Wir hätten es gerne gesehen, wenn bei den Herren der Majorität so viel Tact vorgebracht hätte, den Antrag Delani zu acceptiren. — Mit der Annahme dieses Antrages war ja für sie durchaus kein Präjudiz geschaffen.

Es war keineswegs eine Verurtheilung des Ministers darin gelegen, wenn man die Beschlusfassung über die eingeklagten drei Petitionen aus Bistritz, Mediasch, Hermannstadt verlagte bis zu jenem Augenblicke, wo Gull's Beschlusantrag, welcher so viel Verwandtes zeigt, auch in Verhandlung gezogen wurde.

Bezeichnend ist es wohl, daß einer der äußersten Linken, ein Mann, welchem man sicherlich keine überströmende Sympathie für das deutsche Element überhaupt, noch weniger für die Sachen des Waldlandes, in die Schuhe schieben darf, Franzl auch für die Vertagung war. Er war für die Vertagung, weil er die Situation nicht zu kennen Gelegenheit gehabt hat, weil er thatsächlich nicht weiß, ob man die sächsische Nations-Universität in ihren factischen Rechten gekränkt hat oder ob das nur eine unbegründete Behauptung sei.

Diesem Beispiele hätten sie folgen sollen, die Herren, welche der ungeheuren Mehrzahl sich ganz gewiß in dem gleichen Falle mit Franzl befanden.

Wir sind überzeugt, daß über die historische Entwicklung der Nations-Universität und ihres Kompetenzkreises, über die bisherigen municipellen Verhältnisse des Königsbodens, ja selbst über seine dermalige eigenthümliche Ausnahmestellung auf dem Gebiete des Gemeinde- und Municipallebens in der großen Mehrheit der Herren Deputirten höchst unklare Vorstellungen sich geltend machen. Die meisten Herren, welche beitragen zu dem abweisenden Beschlusse, wissen sicherlich die Frage nicht zu beantworten: liegt thatsächlich keine Rechtsverletzung seitens des Ministers vor? und hat die Universität wirklich heute jenes Recht verwirkt, welches ihr Graf Szapary im Erlaß vom 27. Januar d. J. streitig machte.

Eine Vertagung der Verhandlung bis zur Verhandlung des Gull'schen Beschlusantrages hätte wesentlich zur Klärung der Angelegenheit beitragen können, und wenn, wie wir keinen Augenblick zweifeln, das Verdict des Reichstages auch dann offenbar ein den Minister freisprechendes gewesen wäre, so konnte man doch sich darauf stützen, daß man diesen wichtigen Gegenstand — denn ein solcher bleibt er, mag man noch so hochmüthig über die kleine Biffer der Jambor szaszok die Nase rümpfen — mit der gebührenden Gründlichkeit und eingehend behandelt habe.

Statt aber diesen correcten Weg zu gehen, wies man die Petitionen ab, weil ja das Haus schon früher gesprochen habe und wird seinerzeit den Gull'schen Beschlusantrag abweisen, weil ja diese Petitionen bereits abgewiesen worden seien.

Wir unsererseits stimmen der Ansicht des Abgeordneten Mannicher bei, daß die Maßregel der Versehung in Anklage noch nicht an der Zeit war; auch wir meinen, eine solche drastische Motion sei nur dann an der Zeit, wenn man die Brücken der gegenseitigen Verständigung vollkommen abgebrochen wähnt. Wir sind der Meinung, daß dieser bedauerliche Fall noch nicht eingetreten sei. Dennoch aber hätten wir verlangt von dem Tacte und der Weisheit des Parlamentes, daß es diesem vielleicht zu tief ausgeholten, immer aber durch die Provocation des Ministers

angeregten Ausdruck der Entrüstung, diesem wenn auch etwas voreilig aus dem Arsenal hervorgeholten Rüstzeuge des in seinem Rechte gekränkten constitutionellen Bürgerthums gegenüber würdiger sich benommen hätte.

Die Herren von der Majorität des Unterhauses mögen sich doch in die Lage selbst versetzen, wo es an ihnen wäre, gefährdete Rechte des Volkes zu verteidigen und zwar gegen einen übermächtigen Gegner; wir fragen, ob es nicht möglich wäre, daß auch sie in solchem Falle sich zu Schritten hinreißten lassen würden, die unüberlegt, zu weit gehend aber bei alledem erklärlich wären.

Man möge uns nicht mißverstehen. Es ist nicht unsere Absicht die sächsische Nations-Universität etwa in eine gleiche Kategorie zu stellen mit einer parlamentarischen Körperschaft, wir haben längst den Begriff des „sächsischen Landtages“ aus unserem constitutionellen Wörterbuche ausgeschrieben und können ihren Wirkungskreis nur in so weit gelten lassen, als derselbe in den großen Rahmen des constitutionellen Repräsentativstaates Ungarn paßt. Allein weitere Concessionen an die Staatsidee zu machen, das wird man uns doch nicht zumuthen dürfen; an wenigsten aber wird man uns zumuthen können, stillschweigend zuzusehen, wenn man im Wege der Administration dem Reichstage vorgreift und mittelst Kabinettsjustiz auch noch solche Rechte wegdecretirt, die zu üben uns nach wie vor — trotz der geänderten politischen Situation — zusteht. Daß aber dergleichen mittelst jener Verordnung vom 27. Januar geschah, das ist evident; wir wollen uns nicht wiederholen mit der Begründung. — Daß es also offenbar angezeigt war in die Verurtheilung der heutigen Rechtsphäre der sächsischen Nations-Universität tiefer einzugehen — ja daß dies Pflicht einer gewissenhaften Reichsvertretung gewesen wäre — das steht fest.

Durch die sofortige Ablehnung der Petitionen hat man bewiesen, daß man gar nicht gewillt ist, näher sich mit dem Gegenstande zu beschäftigen — und damit, wir wiederholen es, nicht correct gethan.

## Politische Uebersicht.

Hermannstadt, 22. Juni.

Zu M ü h l b a c h will an Stelle des verstorbenen Ministerialrathes Gustav Groß ein Herr Paul Drödy als Reichstagsabgeordneter-Candidat auftreten oder richtiger „aufgetreten werden“. Der wird sicher das Kraut fett machen, da er die Verhältnisse des Königsbodens verhältnißlich so genau kennt, wie der noch lebende andere Mühlbacher Reichstagsabgeordnete Bela Maraisy. Ob seine Wahl, weniggleich das in Aussicht stehende Mandat, mit Rücksicht darauf, daß mit dem Herbst bereits die letzte Session des gegenwärtigen Reichstages beginnt, nur von kurzer Dauer sein kann, ohne Geld und Wein erfolgen wird, vermögen wir nicht anzugeben. Bezeichnend bleibt es immerhin, daß die Romanen, welche im Mühlbacher Kreis bei den Wahlen dergestalt den Ausschlag geben, sich aus dem Neutraer, Komorner oder Sarosjer Comitath ihre Reichstagsabgeordneten-Candidaten anempfehlen lassen. Wie kommen diese Räben in den Saß? Wie kommt Drödy nach Mühlbach?

Dem Organ der vereinigten staatsrechtlichen Opposition, der „Egypetörös“, geht es herzlich schlecht; die „theuere Nation“ will es nämlich nicht lesen und so ist es von der Gefahr bedroht, aus Mangel

## Feuilleton.

### Die Familie von Brion.

Novelle aus den Jahren 1869—71  
von J. Grimm.  
(Fortsetzung.)

Der schöne Reiter war in der That inzwischen vom Pferde gesprungen, hatte die Terrassentreppe in zwei Sprüngen erklommen und trat in den Gartensaal, als Lili aufsprang und die Thüre des Nebenzimmers aufriß, in das sie flüchtete, ohne den Eintretenden zu begrüßen.

„Ein Wort, o nur ein einziges Wort noch, Lili!“ rief er bittern; aber sie hatte die Thüre hinter sich geschlossen und er stand davor mit dem Ausdruck der bittersten Verzweiflung.

„So läßt sie mich gehen — ohne Abschied!“ sagte er endlich tief verletzt. „Fräulein Helene — ich wollte, daß sie es bereuen müßte — wenn ich nicht wiederkomme!“ Und er ergriff meine Hand, die er heftig drückte, während ich sah, daß er mit aller Kraft gegen seinen Schmerz kämpfte.

„Das waren gottlose Worte, Herr von Brion,“ sagte die Großmutter, die theilnehmend zu ihm getreten war und ihm die Hand auf den Arm legte. „Sie werden wiederkommen, wie wir hoffen wollen, und dann ist sie gewiß die Erste die Ihnen den Lorbeer reicht!“

„O, woran erinnern Sie mich, gnädige Frau!“ erwiderte er, die Hand gegen die Stirn drückend; „gibt es Lorbeeren für mich, der gegen sein eigenes Vaterland kämpft?“

„Ihr Vaterland ist Deutschland, Gaston,“ sagte sie, indem sie ihn voll Mitleid ansah.

„Ja — und nein!“ rief er, tief Athem holend; „ich weiß nicht mehr, was ich bin und was ich will in diesem Augenblick!“

„Sie sollen aber wissen, daß Sie ein Deutscher sind, Herr von Brion!“ nahm ich jetzt das Wort, „und, damit Sie es niemals vergessen, Sie diesen Ring und tragen Sie ihn — er wird es Ihnen sagen!“ Dabei löste ich von meiner Kette, wo ich ihn seit Lili's Krankheit wieder trug, den eisernen Ring von 1813 und erzählte in wenig Worten Gaston die Geschichte desselben.

„Dieses kleine Stück Eisen ist mit dem Blute Ihres Großvaters geweiht, der sein Leben für Deutschlands Freiheit geopfert hat. Seien Sie der würdige Enkel dieses Mannes und mag der Ring, den Eduard mir als Knabe gegeben hat und der von mir als ein Talisman getragen worden ist, bis der Verschollene zurückkehrte, seine Kraft auch an Ihnen bewahren!“

Ich sagte diese letzten Worte lächelnd, er aber nahm den Ring sehr ernsthaft aus meiner Hand. „Gut,“ sagte er bitter, „mag er mich in den Tod führen, wie meinen Großvater, ich will es gern; nur daß sie mir auch nicht ein letztes Lebewohl gönnen will —!“

„Sie hat mir einen Gruß an Sie aufgetragen!“ unterbrach ich ihn.

„Wirklich? — nun, sie ist sehr gütig, grüßen Sie sie herzlich wieder — und leben Sie wohl!“

Er beugte sich bei diesen schmerzlichen Worten auf die Hand der Großmutter herab, die er küßte, dann sagte er die meine noch einmal und schnell, wie er gekommen war, verließ er uns, warf sich auf sein Pferd, und wir sahen die schöne junge Heldengestalt bald hinter dem Laube der Bäume verschwinden. Ich hörte ein leises Stöhnen im Nebenzimmer und eilte hinaus. Lili war auf die Knie gesunken und barg ihr Gesicht in ihren Händen.

„Er ist fort, Lili, Du hast ihn vielleicht zum letzten Male gesehen, wie konntest Du ihn so gehen lassen!“ sagte ich vorwurfsvoll.

„Es mußte sein, Helene! Gott sei Dank, daß es vorüber ist!“ erwiderte sie, sich mühsam aufrichtend, indem sie sich auf mich stützte. Sie war so erschüttert, daß ich es nicht vermochte, ihr noch ein tadelndes Wort zu sagen.

Im Dorfe war nun ein seltsames Leben; überall wurde Abschied genommen: Die Männer, die Söhne zogen fort. Lili fand bald ihre Fassung wieder und hatte jetzt ein weites Feld für ihren Beruf als Pfostlerin der Traurigen. Sie konnte ihnen so warm zum Herzen reden, den Armen, die ihre Geliebtesten hinausziehen lassen mußten in den Kampf und viellecht — in den Tod!

„Wenn ich mir die lieben Engel im Himmel vorstellen will, so fällt mir immer das gnädige Fräulein ein, gerade so müßen sie aussehen und sprechen!“ sagte die Frau eines Landwehrrmannes zu der Großmutter, nachdem Lili lange von dem Entsetzten mit ihr gesprochen hatte; „aber woher weiß es Fräulein Lili nur so genau, wie es unsern ein ums Herz ist? Sie kann reden gerade, als hätte sie auch ihren Liebsten mit fortziehen lassen müßen!“ Ich wechselte einen Blick mit der Großmutter.

Der Baron kam an einem jener Tage gegen Abend zu uns, ganz erfüllt von einer Idee, die ihm gekommen war.

„Fräulein Helene! ich bedarf Ihres Rathes und Ihrer Hilfe, und ich bin sicher, daß Sie mir Beides gewähren!“ begann der Ehrfrige.

„Das ist freundschaftlich!“ erwiderte ich lachend.

„Lachen Sie nicht, es ist mein voller Ernst: ich richte in Lindhoff ein Privat-Vagarethe ein,“ fuhr er lebhaft fort; „Eduard hat mir seinen Bestand als Arzt zugesagt, nur habe ich leider keine Frau, und Sie wissen, und so bin ich auf die Hilfe meiner gütigen Nachbarinnen angewiesen. Habe ich Recht, wenn ich sage, daß ich voraus weiß, in dieser Angelegenheit kein ein Körb zu bekommen?“

Ich war gerührt. „Ja, Baron, Sie haben Recht,“ sagte ich, „es ist schön, daß Sie so gutes Zutrauen zu Ihrer alten Freundin haben!“

Er ging natürlich sofort ans Einrichten, denn Baron Lindhoff war bekanntlich kein Zauderer. Mich beseligte insbesonndem die Aussicht, Eduard nun ganz zu behalten und mit ihm gemeinschaftlich der leidenden Menschheit wohlzutun! O des arglistigen, selbsthüthigen Herzens! Der Freund hatte wohl Recht, als er einst sagte, daß sie immer zunächst an sich und nicht an die Anderen dachte, diese Helene, die er verschmähte — Lili war selbstloser und barmherziger, als die ältere Schwester, ich mußte es jetzt

der Opferwilligkeit der Nation, zu Grunde zu geben. Deshalb hängt sich heute der Parteiführer Ludwig Meesary die Werbetrommel um und hält dem „Volke“ eine lange Standrede, worin er einseitig zur Prämumeration einladet. Zur Kennzeichnung der Art und Weise, wie Parteiführer Meesary am wackelnden Boden der Volksmeinung zu stehen glaubt, reproducieren wir vorzutreten folgende Stellen: „Die ungarischen Blätter vegetieren, während die „Blond“ reiche Geschäfte machen. Wer den Anspruch erhebt, ein gelehrter Wirth, ein industrieller und speculativer Kopf zu sein, der hält den „Blond“, denn er meint, man werde ihn der „Jude“ nicht betrügen. Es sollen ja in dem „Blond“ authentisch die Fruchtpreise verzeichnet sein! Dieses Argument kostet jährlich etliche tausend Exemplare ungarischer Blätter, die Fruchtpreise haben, so werden ja die authentischen Preise des „Blond“ von denjenigen gemacht, die den Herren Landwirthen das Getreide abkaufen. Freilich pflegt man so zu contrahieren, daß man bei Uebernahme des Getreides den Preis zahlt, wie er an dem betreffenden Tage im „Blond“ verzeichnet ist. Gut, so soll der „Jude“ den „Blond“ in der Tasche mitbringen. . . Wir binden es unseren gelehrten Parteigenossen aus Herz, sich für das Blatt ihrer Partei einige Gulden abzupacken und sobald sie sich dazu entschließen, das Geld auch sofort auf die Post zu tragen.

Der Jglauer deutsche Fortschrittsverein sprach in seiner Versammlung am 18. d. sein Bedauern über das Vorgehen der ungarischen Regierung gegen die Siebenbürgen aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Schädigung dieses Volksstammes durch den Einfluß des deutschen Volkes hintangehalten werde; ebenso sprach die Versammlung die Erwartung ähnlicher Kundgebungen deutscher Vereine in Oesterreich aus.

In der am 16. d. stattgehabten Plenarversammlung des tschechischen akademischen Vereins ist es zu tumultuösen Auftritten gekommen. Der Vereinsauschuß hatte nämlich die junggeschichtliche Zeitung „Svoboda“ aufgelassen, welcher Beschluß nach erregt die Gemüthlichkeit der Majorität der Versammlung fand. Einige Anhänger der Altsachen stellten sich jedoch damit nicht zufrieden, sondern verlangten auch die Ausschließung des Redacteurs des „Svoboda“, Herrn Alfons Stasny, aus dem Vereine wegen der in seinem Blatte enthaltenen Angriffe gegen den Landeshistoriographen Dr. Palacky. Dreimal mußte der Präses des Vereins, Herr Jirecek, den Vorsitz an stärkere Wortführer abtreten, zweimal wurde die Versammlung über Andringen des Herrn landesfürstlichen Commissärs Motenda zur Ruhe verwiesen. Nach dreistündigen aufregenden Discussionen der erhiteten Studenten sah sich der landesfürstliche Commissär gezwungen, die Versammlung aufzulösen.

Die Grazer „Tagespost“ erfährt aus verlässlicher Quelle, daß die Bischöfe von Sekau und Lavant sich entschlossen haben, der Durchführung der confessionellen Gesetze keinen Widerstand entgegenzusetzen und diesbezügliche schriftliche Erklärungen an den Statthalter gelangen zu lassen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erörtert die Verwerfung des Antrages Wendegates im englischen Unterhause, sowie die Aeußerung der „Times“ darüber und sagt: Die Differenz ist nur eine Frage der Zeit. Gerade die Verwerfung des Wendegates Antrages werde den Uebermuth des Ultramontanismus steigern. England habe mit dem Votum des Unterhauses vom 12. Juni den Culturkampf nicht aufgegeben, sondern nur vertagt. — Officiöserseits werden alle Angaben von einer anderweitigen Organisation der deutschen Reichsämler demittirt. Einem Gerüchte zufolge wären gegen allerdings hier gemachte Vorschläge von den Einzelstaaten Bedenken erhoben worden, weshalb die Angelegenheit vorläufig vertagt erscheint. — Die Angabe von einer beabsichtigten Gründung eines Reichs-Verkehrsministeriums ist thatsächlich erfinden. — Zwischen der deutschen und der luxemburgischen Regierung wurde neuerdings wegen der Anstellung auswegener Medemprocuristen in Luxemburg verhandelt. Luxemburg will keinerlei ultramontane Agitationen begünstigen, doch wo solche unabweisbar, den Ausgewiesenen ein Asyl gewähren.

Der Kurier Poznansti veröffentlicht ein Schreiben des Posener Domcapitels, worin dasselbe gegen die Aufforderung, einen General-Vicar für die Erzdiocese zu wählen, protestirt, weil das Capitel die Sedisvacanz des erzbischoflichen Stuhles nicht anerkenne und, ohne das Gewissen zu belasten oder meinedig zu werden, zur Wahl weder schreiten könne noch wolle.

Die zweite holländische Kammer hat mit 39 gegen 32 Stimmen Artikel I des Gesetzentwurfes über Herabsetzung des Wahlalters abgelehnt.

Aus Rotterdam schreibt man der „N. Ztg.“: „Infolge eines hier verbreiteten Gerüchtes, wonach Hofesort hier in Rotterdam am seinen beständigen Wohnsitz nehmen soll, empfangen vor einigen Tagen sämtliche hiesige Hoteliers (vielleicht in ganz Holland) seitens der Polizei die ausdrückliche Weisung, den Ersteren bei eventueller Ankunft sofort der Polizei zu melden oder ihn nicht in ihrer Behausung zu dulden. Einige Polizisten (vielleicht alle) sind bereits mit einer früheren Photographie des Gesahndeten bewaffnet und dem Hotelier, dem Erzähler dieses, wurde eine solche mit der Frage vorgehalten, ob er den Mann kennen, was er bejahte, worauf er seine polizeilichen Instruktionen erhielt. Ich erlaube mir, Ihnen dies der Curiosität halber mitzutheilen und bezeichne nicht, wie man auf diesen Mann fahnden kann, in dem, so viel

zugeben, bei alledem aber that das arme Kind mehr Schlimmes mit ihrem Irrthum, der ihr heilig war, als ich. „So Jemand kämpft, wird er doch nicht getödtet, er kämpfe denn recht!“ jagt der Apostel.

Eduard war einige Tage in der Hauptstadt geblieben, wosin er seinen Bruder begleitet hatte — wir sahen ihn erst wieder, nachdem die großen Kriegserreignisse begonnen hatten.

Er war es, der uns die ersten unvergesslichen Sieges-Telegramme brachte. — Seine guten Augen leuchteten begeistert, als er sie mitreichte; ah, Weissenburg und Wörth! ich nenne Euch nie, ohne in meinem Herzen die tiefe Erschütterung noch zu empfinden, die ich in jenem Augenblicke fühlte! Eils erste schäudernde Frage war, welche Heresabtheilungen an dem Kampfe theilhaftig gewesen seien? Sie athmete auf, als ihr Eduard lächelnd erwiderte: „Das erste Garde-Regiment noch nicht!“

Gaston's erste Feldpostbriefe an den Vater klangen heiter und frisch — kein schmerzlicher Ton darin — an uns indessen nur beiläufige, kühle Grüße. Einmal jedoch schrieb er an Eduard, er möchte mir sagen, die magische Kraft des eisernen Ringes bewähre sich: ein Deutscher wäre er auf dem wägen Boden und als ein Solcher hoffe er mit den Seinen zu siegen oder zu fallen! — In Lindhoff waren wir mittlerweile unermüdet thätig, die Großmutter immer voran. Alles war bald bereit zum Empfang der armen Vlesirten, und der Baron hatte noch Zeit, wieder ungeduldig zu werden, bevor der erste Transport anlangte.

Eduard's Vater, der viel bei uns war, sagte eines Tages lächelnd: „Der gute Baron ist der ungemüthlichste Mensch auf der Welt; er kann durchaus Niemandem in seinem Hause Ruhe lassen, wüßten Sie sich daher nicht, wenn ich immer häufiger hier bin: ich will zu Athem kommen.“ Er war in der That offenbar sehr gern bei uns. Eils war für ihn, wie für Alle, die in ihr Bedenken kamen, eine kleine, wohlthätige Fee in ihrer stillen, ersten Freundschaft. Er konnte sie bald gar nicht mehr entbehren. Ich war seine Vorleserin und studierte mit ihm die Zeitungen, die Großmutter sorgte für sein physisches Wohagen, soviel sie es vermochte. — So führten wir wirklich eine Zeit lang ein recht ange-

mir bekannt, zwischen Holland und Frankreich keine Verträge bestehend, die zur Auslieferung politischer Flüchtlinge berechtigen.

Die Bildung des dänischen Ministeriums unter Estrup ist gescheitert, nachdem Estrup, Jyvs-Friesenborg und Moltke-Drogenloed die Uebernahme der Bildung eines neuen Cabinets ablehnten. Bei einem gestern stattgefundenen Festmahl erluchte der König den Conseils-Präsidenten und die anderen anwesenden Minister, fernsein im Ministerium zu verbleiben.

Der französische Minister des Innern, Jourtau, erklärte, aus dem Rechte der Maires-Erneuerung eine Cabinetsfrage zu machen. — Eine legitime Deputation hat sich nach Troisdorf begeben, um den Grafen von Chambord zu bestimmen, nach Frankreich zu kommen. — Das Paris-Journal meldet, das Ministerium sei entschlossen, wegen des Rechtes der Maires-Erneuerung die Cabinetsfrage zu stellen, doch werde es sich mit der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Modus bis 1867 begnügen. — Als Vorkämpfer für London sind in Aussicht genommen: General Changarnier, Duc d'Audiffret-Pasquier und de Jarnac.

La Voce della Verità veröffentlicht die Antwort des Papstes auf die Glückwünsche der Cardinale am 17. d. M. Der Papst erneuerte die Proteste gegen die Urrapation des Kirchenstaates, gegen die Aufhebung der geistlichen Corporationen und gegen die anderen Acte wider die Kirche und fügte hinzu, er erneuere diesen Protest, weil an ihn legitime mündlich und schriftlich mehrfach das Verlangen nach Auslösung gestellt worden sei. Mit den Feinden der Kirche könne er nicht Frieden machen, und fordere er die Cardinale auf, das Beispiel des Fremden, namentlich des deutschen und brasilianischen Episcopats nachzuahmen. — Der Cabecilla Triptany ist mit einer Mission Don Carlos' beim Vatican eingetroffen.

Der ehemalige spanische Minister Salveria wird in Paris erwartet, um die zwischen der Königin Isabella und deren Gemahl schwebende Angelegenheit zu regeln. Salveria soll jedoch auch der Ueberbringer eines Planes sein, welcher von mehreren Generalen zur Wiederherstellung des spanischen Königthums mit dem Prinzen von Asturias im Einverständnis und mit Genehmigung Concha's entworfen worden wäre. Marshall Concha hat Serrano den Entwurf zu einer Convention übersendet, wonach die carlistischen Officiere bereit wären, Don Carlos zu verlassen, wenn ihnen der Lebertritt in die spanische Armee mit Beibehaltung ihrer Chargengrade gestattet würde.

Die Home-Rulers hielten am 19. d. in London eine Conferenz und formulirten einen von Butt und Bryan am 30. d. M. einzubringenden Antrag, in welchem die Wiederherstellung einer vollkommenen irischen Autonomie verlangt und dem gemeinsamen Reichsparlament nur über Reichsangelegenheiten zu entscheiden vorbehalten wird. Butt will von Disraeli zwei Abende zur parlamentarischen Debatte beanpruchen. — Ein Bankett der französischen Noth zu der Bewillkommnung Hofesort's findet heute in London statt.

Das englische Mittelmeer-Geschwader wird in Beshica erwartet. Gerichtsweise verläutet, Kabuly Pascha, bisher Vorkämpfer in Wien, werde an Stelle Damat Mahmud Paschas, der zum Marineminister bestimmt ist, zum Handelsminister ernannt werden.

Die Finanzen des „ranken Mannes.“

Berlin, 19. Juni.

Der „ranke Mann“ am Bosphorus braucht wieder einmal Geld. Zum zweiten Mal im Laufe dieses Jahres hat der ehemalige türkische Finanzminister Sadyk Pascha eine Rundreise durch halb Europa unternommen um für die bedrangte türkische Regierung die nothwendigsten Creditmittel zu beschaffen. Ob ihm die Lösung dieser wenig angenehmen Frage gelückt ist, laßt sich noch nicht mit Gewißheit sagen. Allerdings war vor einiger Zeit aus Paris gemeldet worden, daß es dem türkischen Unterhändler gelungen sei, mit einer Anzahl französischer und englischer Häuser eine Anleihe im Betrage von 19 Millionen Pfd. Sterl. abzuschließen, gleich darauf aber folgte die Nachricht, daß die türkische Regierung sich weigere, den Vertrag zu ratificiren und Abänderungen desselben verlange. Seitdem hat man nichts weiter gehört. Was nun auch diese zweite Meldung richtig sein, so steht doch keineswegs zu bezweifeln, daß der Widerstand der türkischen Regierung ein allzu langer sein werde. Anstandslos wird man sich vielleicht einige Zeit sträuben, die sehr wahrscheinlicher Weise äußerst harten Bedingungen der Geldgeber zu unterzeichnen, aber das Wasser silt der Regierung des Sultans an der Kehle und in solcher Situation gibt es eben keine Wahl. Auch sind ja der Türkei die horribelsten Zinsforderungen nichts Neues mehr, sie wird sie bewilligen müssen, wie schon oft und so kann denn vielleicht binnen Kurzem die lange Reihe der türkischen Anleihen abermals um einen Sprößling vermehrt erscheinen.

Wenn man in Frankreich und England dem Reiz einer ungewöhnlich hohen Verzinsung nicht zu widerstehen vermag, so ist das nicht unsere Sache, wohl aber muß schon heute von vornherein gegen jeden Versuch, diese neue türkische Anleihe auch theilweise in Deutschland unterzubringen, ein energischer Protest eingelegt werden. Sollte dieser Versuch aber dennoch gemacht werden, so darf man wohl erwarten, daß die Lehren des letzten Jahres zu der Erkenntnis geführt haben, wie das Verschleppen außergewöhnlicher Zinsen mit der Gefährdung des Kapitals fast

nehmes Leben, trotz aller kriegerischen Aufregung. Indessen schritt die große Zeit weiter mit ihren bedeutungsvollen ersten Schritten. Die Augusttage kamen mit den kleinsten Anstößen um Weg: drei große Schlachten und Siege, aber auch ungeheure Verluste! — und diesmal war die Garde dabei gewesen, auch das erste Regiment!

„Hoffentlich schreibt Gaston bald eine Zeile, daß er noch lebt, Herrlene!“ jagte Eduard, der die Nachrichten zuerst brachte. „Lassen Sie Eils womöglich die Zeitungen mit den letzten Nachrichten nicht sehen, bis wir Nachricht haben.“

Wie war dies aber möglich, sie war eine so fleißige Zeitungsleserin geworden, die Kleine, seit kurzer Zeit! — So fand ich sie auch, wie sie das neueste Blatt mit den Berichten über die Kämpfe bei Lionville und Mars-la-Tour vor sich auf den Tisch gebreitet hatte, die sie mit brennendem Interesse durchlas. Ihr Gesicht glühte, die Thränen tropften heiß auf das Papier herab.

„Nun, Kind,“ sagte ich möglich heiter, „die Geschicke der Welt fangen an, Dich sehr zu bewegen, wie ich sehe!“

„O, Heine! — Die Geschicke der Welt —“ rief sie aufrichtig — „ich dachte in diesem Augenblicke nicht an sie!“

„Aber an Eilen, der sie mit entscheiden hilft, ja?“ und ich legte meinen Arm um ihren Nacken und sah ihr in die weinenden Augen. Sie pregte die gefalteten Hände heftig gegen ihre Brust und sagte leise: „Warum ist denn das arme Herz nur so schwach? — o, Gott — vergieb und strafe nicht!“

(Fortf. folgt.)

Notizen.

— (Ein neues Garberobesid.) Im Parquet eines Berliner Theaters sah am Montag eine bereits im Mittelalter reichende Dame, welche durch außerordentlichen Puz und durch eine thürmische Krone, auf deren Spitze ein feder-geschmücktes und schillerndes Hutchen sich wogelte, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkte, während der extraoagante Kopputz einen dahinter sitzenden Herrn gerade zur Verzweiflung brachte, weil er bei der Beweglichkeit der Dame

freis Hand in Hand zu gehen pflegt. Jedes dem türkischen Staate anvertraute Kapital aber ist in einem Grade bedroht und dem Verlust ausgesetzt, daß keine noch so hohen Zinsen dafür ein Aequivalent zu bieten vermögen.

Der Zustand, in dem sich die türkischen Finanzen befinden, ist längst kein Geheimniß mehr, und wäre selbst das unausrottbare Defizit des Budgets, die von oben bis unten korrupte Finanzverwaltung, die unaufhörliche Vermehrung der schwebenden Schuld, die unjüngliche Verschleuderung von Staatsgeldern nicht bekannt, so würden allein die Bedingungen, unter denen die Türkei die zur Deckung der dringendsten Verpflichtungen benötigten Gelder ansammelt, unwiderlegbar beweisen, daß dieser Staat am Rande des Abgrundes steht, in den ihn das Mangeln einer einzigen, noch so kleinen Anleihe unfehlbar stürzen mag. Bedingungen von einer Härte, Zinsfüße von einer Höhe, wie sie auf dem Gebiete des Staatscredits als unerhört bezeichnet werden müssen, haben gezeigt, in welcher hilflosen Lage sich dieser Staat befindet, der, um ein vorübergehendes Darlehen von einigen Millionen zu ergalten, schon bis 25 Prozent Zinsen bezahlt hat. Die auswärtige Schuld, welche die Türkei innerhau der letzten 20 Jahre kontrahirt hat, beläuft sich gegenwärtig nach Abzug der geringen inzwischen erfolgten Auszahlungen auf mehr als 160 Millionen Pfd. Sterl. oder 1 Milliarde Thaler, welche zu ihrer Verzinsung und Amortisation fast 11 Millionen Pfd. Sterl. oder mehr als 70 Millionen Thaler jährlich bedürfen. Dabei ist die schwebende Schuld außer Anlag geblieben, die ebenfalls eine bedeutende Höhe erreicht und wohl in erster Linie die fortwährenden dringenden Geldverlegenheiten erzeugt. Das Budget trägt seiner dazu bei, die Schuldenlast in bedeutender Weise zu vermehren; das Defizit der letzten Jahre betrug über 4 Millionen Thlr. jährlich. Diese drei Positionen: Eine unerwartungslie Zinsenlast, eine drückende schwebende Schuld und ein unausrottbares Defizit haben den türkischen Staat in seine jetzige geradezu verwegene Lage gebracht und die Ursache dieser Uebel liegt in der Unfähigkeit der Regierung, die Einnahmen mit den Ausgaben in Einklang zu bringen, in der gewissenlosen Verwaltung der Staatsgelder, in der Schlafheit, mit der jeder energisch durchgreifenden Reform aus dem Wege gegangen wird.

Man kann sich unter solchen Umständen nur fragen, wenn der Moment eintreten wird, wo zuerst der thatsächlich zwar längst vorhandene, aber noch nicht eingestandene Staatsbankrott zur öffentlichen, definitiven Insolvenz führen wird, wo zum ersten Mal die Zinsen der Staatsschuld nicht bezahlt werden können. Was auch durch die gewagtesten Finanzexperimente dieser Augenblick von Monat zu Monat verschleppt werden, so ist sein endliches Eintreten doch unweifelhaft, und ebenso sicher ist es, daß dieses Verschleiern eines längst vorhandenen Ruins die Situation immer bedenklicher macht. Mit jeder neuen Anleihe oder jeder Vermehrung der schwebenden Schuld gerathen die zerrütteten Finanzen immer tiefer in den Abgrund, aus dem es nur eine Rettung giebt, die offene Zahlungseinstellung.

Wenn die französischen und englischen Banken, trotzdem ihnen diese Verhältnisse selbstverständlich genau bekannt sind, sich zu weiterem Darlehen entschließen, so betrachten sie eben die kolossalen Zinsen als eine theilweise Rückzahlung des Kapitals und rechnen darauf, daß sie durch diese Zinsüberschüsse ihr Kapital in wenigen Jahren zurückhalten haben, wenn es gelingt, den Zusammenbruch bis dahin noch zu verhüten. Es ist nicht unsere Aufgabe, zu prüfen, unweilviel solche Operationen in das Gebiet des laufmännischen Bankerzweigs oder des Pazzarpielles gehören; für das Privatpublikum oder wäre jede Betheiligung an einem derartigen Geschäft ein strafbarer Leichtsin. Sollte das neue Anleihen doch noch zu Stande kommen und sollte man Mene machen, auch den deutschen Geldmarkt dafür zu interessieren, so hoffen wir, daß das deutsche Publikum sich entschieden ablehnend verhalten und sich nicht verlocken lassen wird, für das Verschleppen außergewöhnlicher Zinsen sein Kapital auf's Spiel zu setzen.

Aus dem ungarischen Reichstage.

Budapest, 20. Juni. Präsident Bela Perczel eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr.

Der Präsident meldet mehrere Einläufe an.

Koloman Tisza (hört, hört!) Ich glaube, im geehrten Hause wird es Niemand in Worte stellen, daß jene Veränderung, welche betrifft der Person des gemeinsamen Kriegsministers eingetreten ist, allgemeine Ueber-raschung hervorgerufen hat, nachdem erst in jüngstvergangener Zeit das Vertrauen gegen den Kriegsminister von Seite der zur Zeitstellung des gemeinsamen Kriegsbudgets berechtigten Delegationen — ich gestehe es offenherzig, daß dies in weit größerem Maße, als mir lieb war, geschah — sich manifestirte.

Gewiß wird es Niemand in Zweifel ziehen wollen, daß das Recht, Minister zu entlassen oder solche zu ernennen, in jeder Monarchie ein Vorrecht der Krone ist; andererseits glaube ich aber auch als außer allem Zweifel stehend behaupten zu dürfen, daß in konstitutionellen, besonders aber unter parlamentarischen System stehenden Ländern dieses Recht nur unter gewissen Modalitäten und unter gewissen Bedingungen korrekt ausgeübt wird.

Fortsetzung in der Beilage

nichts weiter zu sehen bekam, als die chaotische Vereiniung von Haaren, Tüll, Federn, Blumen zc. Refugirt ertrag der jeder andern Ansicht Bewand während des ersten Altes sein Gesicht; während des zweiten aber riß ihm die Gebulde — plötzlich aufspringend, reißt er der Unberücksichtigten ein Gesicht mit den Worten: „Werthes Fräulein, möchten Sie Ihre Haare nicht lieber in der Garberobe abgeben, hier ist das Garberobesid!“ Diese bei offener Scene laut gesprochene Ausforderung wurde von Seiten des Publikums mit Gelächter und lauten Beifall aufgenommen, so daß die belagte Dame es gerathen fand, sich von ihrem Plage zu erheben, um das Theater auf Rimmerwiedersehen eilig zu verlassen.

— (Reiche Geschenke.) Der Marshall-Präsident von Frankreich ist vom Kaiser von Siam mit prächtigen Geschenken überhäuft worden. Wir haben besonders ein Juwelenstück aus Ebenholz hervor, in welchem sich eine majestätische Krone befand, die die Form eines halben Eies hatte und mit Diamanten und anderen Edelsteinen geschmückt war. Ferner befand sich unter den Geschenken ein schön geschliffener Koffer aus edlem Holze, in welchem sich fünf von jeder Farbe befanden, die bis zu 60 Centimetres maßen. In einem dritten Juwelenstücke befand sich eine Anzahl Ringe mit Rubinen und Perlen versehen. Ein majestätisches Weibenschmück, eine Anzahl kostbarer gestickter Sammt- und Seidenstoffe, dann birmannische Gürtel und Schürze vervollständigten diese reichen Geschenke.

— (Zur Verhütung von Verpätung) sind in den Straßen-Wagens von Saint-Louis Anschläge angeheftet, daß unmöglich so lange mit dem Bestenfahren g wartet werden kann, bis die Damen mit ihren Abfchiedsküssen fertig sind.

— (Zu den reichsten Männern in der Welt) zählt gewiß ein Amerikaner Namens Jones, er stammt aus Nevada, Vereinigte Staaten, und ist ein Senator, dessen Rede über die jüngste „Inflation“ eine große Sensation verursachte. Seine jährlichen Einkünfte belaufen sich, wie man sagt, auf 1,200,000 Pfd. Sterl. Er ist der Eigentümer des ergiebigen Bergwerkes, das man kennt, eines großen Silberbergwerkes, das ihm jüngst als seinen Theil des Augustertrages monatlich 50,000 Pfd. Sterl. einbrachte. Dieser Betrag ist durch die Entdeckung einer neuen Vorkampfung verdoppelt worden.

— (Von einer eigenthümlichen Fischkrankheit) wird aus Nordamerika berichtet: Unter den Fischen und Seefischen zu Milwaukee, Staat Wisconsin, ist eine verheerende Krankheit ausgebrochen. Sie sterben zu Millionen und treiben sich tod auf der Oberfläche des Wassers umher. Unter dem Mikroskop sieht man, daß ihr Fleisch durch kleine Schmarotzthierchen zerlegt wird, den Thierchen ähnlich, welche das Absterben herbeiführen.

Solche Wechsel im Gefolge werden, abtreibenden Minister hat.

Doch ist es wohl ohne minilegislative Körpers welche die Motive auszusprechen. Da dokument seiner dessen Einwilligung zur Verantwortung. Auch das, unserm gegenüber die im gemeinsam zu verschaffen, nur sterriums, in erster zu verschaffen, da Interessen Ungarns zu verschaffen.

Fern sei es aber es ist eine Th ohne die Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen, welche ich wendig hielt (Hört, Hört) Interpellation. In Anbetracht nisteriums vorkommt von konstitutionellen interessirt;

daß die in Beziehung sich mög die gemeinsamen der übrigen Staats-Geschick und die Lage daß im Sinnänderungen und demäßig bloß durch die durch den Ministerpr Wege Einfluß auf daß endlich die welche nach der faum kaum geahnt werden stand aber, daß im meinstamen Kriegsmi wird und sowohl die des neuen Kriegsmi Indignation und Be Ministerpräsidenten:

1. Hatte er vor bezüglichen Veränderungen
2. Gleichviel, jetzt Kenntnis von de ob man in Folge eine Veränderung ein
3. Heißt er es im deutschen Ernennu daß sowohl das Enll sterielle Gegenzeichnun
4. Wenn er da wenn er es nicht gut amlichen Rechtes un gedenkt er sie zu thun im deutschen Text dem und die Ernennungen ministerieller Gegenjei

Ministerpräsident gerichtet Interpellatio sangreich, enthält so v Anhören nicht auf e billig finden, daß ich worde. (Zustimmung.) Ladislaus Kova betreffs des Budgets d Ludwig Horv über den Zinssatz. Die Drucklegung Ministerpräsident Angelegenheit des mit Bahnanschlüsse am 31. selbe lautet:

Gesetzentwurf in thum Rumänien b Mai 1874 g

Das durch die Majestät, wie durch Rumänien in der im abgegeschlossene und in bahnbübereinkommen wir rischen und rumänischen dem Reichstage angeno trügllich durch die beide bekräftigt wurden — b

Unterzeichnet: S August Tréfort m. m. p., Georg Baria Wendheim m. p., G

Motivenber Rai 1874 mit dem Fi

Eine der fühlbarst fassenben Eisenbahnes weislicher, westlicher und bahnnetze verbunden ist, Richtung, in welcher un verbindungen auszudehne

Die Abstellung d unsere wichtigsten Zere wird, in jenen Handels nehmen, welcher Handel beschränkt, andererseits und weil es ferner nur en auf dem internationa erhöhend, die Kosten der Verpflichtungen verringere

Solche Ministerveränderungen, welche vielleicht auch einen Systemwechsel im Gefolge haben, könnten dann kaum in korrekter Weise vollzogen werden, wenn die kompetente parlamentarische Körperschaft dem abtretenden Minister erst neulich ein Zeichen ihres Vertrauens gesendet hat.

Doch ist es unter gar keinen Umständen richtig, daß der Personenwechsel ohne ministerielle Gegenzeichnung vor sich gehen soll, denn die legislative Körperschaft haben das Recht und die Pflicht zu wissen, welche die Motive des Wechsels seien, und über dieselbe auch ihre Meinung auszusprechen. Das ist aber nur dann möglich, wenn auf dem Ernennungsdokument jener Rath der Krone genannt ist, auf dessen Rath oder mit dessen Einwilligung die Veränderung geschah, den man daher auch dafür zur Verantwortung ziehen kann. (So ist's!)

Auch das, glaube ich, wird Niemand im Hause leugnen, daß bei unserem gegenwärtigen System das einzige systematische Mittel, sich über die im gemeinsamen Ministerium geschehenen Veränderungen Kenntnis zu verschaffen, nur darin besteht: sich im Wege des ungarischen Ministeriums, in erster Reihe des ungarischen Ministerpräsidenten, diese Kenntnis zu verschaffen, da sie berufen sind, bezüglich dieser Angelegenheiten den Interessen Ungarns, den Ansichten der ungarischen Legislative Einfluß zu verschaffen.

Wenn sei es von mir behaupten zu wollen, daß dies so gut sei, aber es ist eine Thatsache, daß es sich so verhält und deshalb bin ich, ohne die Aufmerksamkeit des geehrten Hauses durch eine weitaufgige Motivierung in Anspruch nehmen zu wollen, so frei, die Interpellation zu verlesen, welche ich von diesen Gesichtspunkten aus zu stellen für notwendig hielt. (Hört! hört!)

Interpellation an den sehr geehrten Herrn Ministerpräsidenten: In Anbetracht dessen, daß jed' im Schoße des gemeinsamen Ministeriums vorkommende Veränderung und die Art und Weise derselben vom konstitutionellen Gesichtspunkte aus auch Ungarn im höchsten Grade interessiert;

daß die in Folge solcher Veränderung in einer oder der andern Beziehung sich möglicherweise ergebenden Systemwechsel direkt wohl auf die gemeinsamen Angelegenheiten, aber indirekt auch vom Gesichtspunkte der übrigen Staatsangelegenheiten von sehr großer Wirkung auf das Geschäft und die Lage Ungarns sein können;

daß im Sinne der bestehenden Gesetze bezüglich all' dieser Veränderungen und deren möglichen Folgen das Abgeordnetenhaus regelmäßig bloß durch das ungarische Ministerium und zwar in erster Reihe durch den Ministerpräsidenten offizielle Aufklärung erlangen und auf diesem Wege Einfluß auf die Angelegenheiten sich verschaffen kann;

daß endlich die Personalveränderung im gemeinsamen Kriegsministerium, welche nach der kaum vollendeten Verhandlung des gemeinsamen Budgets kaum geahnt werden konnte, alle Welt mit Recht überraschte, der Umstand aber, daß im deutschen Texte des Ernennungsdokuments des gemeinsamen Kriegsministers, dieser als Reichs-Kriegsminister bezeichnet wird und sowohl die Enthebung des früheren als auch die Ernennung des neuen Kriegsministers ohne ministerielle Gegenzeichnung geschah, gerechte Insignation und Bejorgnis hervorruft, frage ich den sehr geehrten Herrn Ministerpräsidenten:

1. Hatte er von der auf die Person des gemeinsamen Kriegsministers bezüglichen Veränderung früher Kenntnis, ja oder nein?

2. Gleichviel, ob das Eine oder das Andere der Fall ist, hat er jetzt Kenntnis von den Motiven, welche dieselbe verursachten und davon, ob man in Folge derselben im Systeme der gemeinsamen Armee irgend eine Veränderung einzuführen beabsichtigt; und wenn ja, was für eine?

3. Heißt er es gut, daß der ernannte gemeinsame Kriegsminister im deutschen Ernennungsdokument — Reichs-Kriegsminister genannt wird, daß sowohl das Entlassungs- als das Ernennungsdokument ohne ministerielle Gegenzeichnung erschienen ist?

4. Wenn er das gutheißt, auf Grund wessen heißt er es gut? wenn er es nicht gutheißt, hat er die ihm kraft seiner Stellung, seines amtlichen Rechtes und seiner Pflicht zukommenden Schritte gethan oder gedenkt er sie zu thun, zu dem Zwecke, damit künftighin der Titel auch im deutschen Texte dem Gesetze und der Lage entsprechend gebraucht werde, und die Ernennungen angemessen der parlamentarischen Verfassung unter ministerieller Gegenzeichnung geschehen sollen?

Ministerpräsident Stefan Wittö: Geehrtes Haus! Die an mich gerichtete Interpellation ist — wie das g. Haus selbst gehört — so umfangreich, enthält so viele Fragen, daß man auf dieselben nach einmaligem Anhören nicht gut antworten kann. Das geehrte Haus wird es für billig finden, daß ich dieselbe erst in einer der nächsten Sitzungen beantworte. (Zustimmung).

Radişlaus Kovacs überreicht den Bericht der Wirtschaftskommission betreffs des Budgets des Hauses für den Monat Juni.

Ludwig Horvath überreicht den Bericht des Zentralauschusses über den Inkompatibilitäts-Gesetzentwurf.

Die Drucklegung und Verteilung wird angeordnet.

Ministerpräsident Stefan Wittö überreicht den Gesetzentwurf in Angelegenheit des mit dem Fürstenthum Rumänien betreffs der Eisenbahnanschlüsse am 31. Mai 1874 geschlossenen Uebereinkommens. Derselbe lautet:

Gesetzentwurf in Angelegenheit des mit dem Fürstenthum Rumänien betreffs der Eisenbahnanschlüsse am 13. Mai 1874 geschlossenen Uebereinkommens.

Das durch die Bevollmächtigten Sr. kaiserl. und apost. königl. Majestät, wie durch den Bevollmächtigten Sr. Hoheit des Fürsten von Rumänien in der im § 3 des G. U. XVI.: 1867 vorgeschriebenen Weise abgeschlossene und in Bukarest am 31. Mai 1874 unterzeichnete Eisenbahnübereinkommen wird — nachdem die auf die Anschlüsse der ungarischen und rumänischen Bahnen bezüglichen Bestimmungen desselben vom Reichstage angenommen und das erwähnte Uebereinkommen nachträglich durch die beiden vertragschließenden Theile in gewohnter Weise bestätigt wurden — hiemit unter die Landesgesetze inkorporirt.

Unterzeichnet: Stefan Wittö m. p., Koloman Ghyczy m. p., August Tréfort m. p., Bela Szende m. p., Graf Josef Zichy m. p., Georg Bartal m. p., Theodor Pauler m. p., Baron Bela Wenckheim m. p., Graf Julius Szapary m. p.

Motivbericht zu dem Gesetzentwurfe über das am 31. Mai 1874 mit dem Fürstenthum geschlossene Eisenbahnübereinkommen.

Eine der fühlbarsten Mängel unseres mehr als 800 Meilen umfassenden Eisenbahnnetzes besteht darin, daß dasselbe bisher nur in südwestlicher, westlicher und nördlicher Richtung mit dem europäischen Eisenbahnnetze verbunden ist, während dasselbe in der so hochwichtigen östlichen Richtung, in welcher unser Vaterland zumeist berufen ist die Verkehrsverbindungen auszudehnen, keinen Anschluß besitzt.

Die Abstellung dieses nachtheiligen Zustandes fordern dringend unsere wichtigsten Interessen, weil Ungarn nur dadurch im Stande sein wird, in jenen Handelsbeziehungen den ihm gebührenden Platz einzunehmen, welcher Handel bisher im Süden und Osten auf die Donau beschränkt, andererseits mit Umgehung Ungarns andere Wege einschlug, und weil es ferner nur dadurch zu erreichen sein wird, daß unsere Bahnen an dem internationalen Verkehr theilnehmend und ihre Einnahmen erhöhend, die Lasten der von dem Staate ihnen gegenüber übernommenen Verpflichtungen verringern werden.

Diese Ansicht war für die ungarische Legislative schon im Jahre 1868 maßgebend, als in den am 4. Dezember 1868 im Abgeordnetenhaus und am 9. desselben Monats im Oberhause gefaßten Beschlüssen die Wichtigkeit des Anschlusses unserer Bahnen in südöstlicher Richtung betont wurde.

Von diesem Gesichtspunkte ging auch die Regierung aus, als sie bald darauf in Angelegenheit des Anschlusses an die rumänischen Bahnen in Verhandlung trat, deren Resultat der zwischen den beiden Regierungen am 27. October 1872 abgeschlossene Vertrag bildete.

Dieser Vertrag wurde indessen von der rumänischen Kammer nicht acceptirt, und in Folge dessen die Unterhandlungen unererseits eingestellt. Die rumänische Regierung urgirte im verfloffenen Winter die neuerliche Aufnahme der Verhandlungen, und die ungarische Regierung war insbesondere mit Rücksicht auf die auch für Ungarn bestehende Dringlichkeit dieser Anschlüsse darauf bedacht, daß die Verhandlungen nach ihrem neuerlichen Beginn auch rasch zu einem praktischen Resultat führen mögen.

Zu diesem Zweck einigte man sich dahin, daß an Stelle der im früheren Uebereinkommen bezeichneten mehreren Anschlußpunkte nur zwei derselben ins Auge gefaßt werden, während die übrigen Anschlüsse bei prinzipieller Anerkennung ihrer Nützlichkeit den Feststellungen späterer Verhandlungen vorbehalten werden.

Bezüglich der in erster Linie in Betracht zu ziehenden Anschlußpunkte konnte kein Zweifel obwalten, weil zu solchen der natürliche Weg des Handelsverkehrs, die lokalen Verhältnisse und die Interessen beider Staaten den Drjovaer und Kronstädter Anschluß bezeichneten.

Der Drjovaer Anschluß ist nämlich zur Stabilisirung und Erleichterung des in der Donauverbindung herrschenden lebhaften Handels berufen, und ist insbesondere im Interesse Rumäniens gelegen, wogegen der Kronstädter Anschluß, bei welchem auf ungarischem Territorium nur 3 1/2 Meilen zu erbauen sind, den Interessen der gewerblustigen Gegenden Siebenbürgens dient, für die Dribahn eine Lebensfrage bildet und für die Theißbahn und die ungarischen Staatsbahnen eine unleugbare Wichtigkeit besitzt.

Unter den in Betracht zu ziehenden Pässen der Galacz-Kronstädter und Bukarest-Kronstädter Verbindungen, wurde darum der Tömöcher gewählt, weil bei dem Tömöcher Anschlusse der ungarische Bahnteil nur 3.30 Meilen lang ist.

Die beiden Linien sind übrigens sowohl für viele Gegenden Rumäniens als Ungarns gegenseitige Kontrurreislinien, und darum hat die Regierung besonderes Gewicht darauf gelegt, daß beide gleichzeitig erbaut und dem Verkehr übergeben werden und entspricht das vorgelegte Uebereinkommen diesen Bedingungen.

Das Uebereinkommen enthält übrigens die üblichen aus der Natur des Gegenstandes entspringenden Bestimmungen.

Kommunikationsminister Graf Josef Zichy: Ich habe die Ehre den auf den Ausbau der Arad-Temesvárer Eisenbahn bezüglichen Gesetzentwurf mit der Bitte zu überreichen, denselben dem Finanz- und Eisenbahnausschusse zuzuwenden; in Verbindung damit bin ich so frei den von der Regierung noch im Herbst 1872 eingereichten Gesetzentwurf bezüglich des Ausbaues der Kistinda-Pancsovaer, beziehungsweise Semliner Bahn, nach welchem dieser Ausbau ebenfalls durch die österreichische Staatsbahn-Gesellschaft zu bewerkstelligen gewesen wäre, im Namen der Regierung zurückzugeben. Weiters bin ich so frei, die Gesetzentwürfe betreffs der Modifikationen an der Konzeptionsurkunde der Preßburg-Debenburg-Lundenburg- und Waagthalbahn, sowie der Nemjova-Biarapah-Flügelbahn ebenfalls mit der Bitte einzureichen, dieselben dem Eisenbahn- und Finanzausschusse zuzuwenden.

Wir lassen den ersten der genannten Gesetzentwürfe im Wortlaute folgen:

Gesetzentwurf über den Ausbau der Temesvár-Drjovaer Eisenbahn.

§. 1. Die Konzeptionsurkunde bezüglich des Ausbaues und des Betriebs der Temesvár-Drjovaer Lokomotivbahn wird durch dieses Gesetz genehmigt und deren Inkraftsetzung angeordnet.

§. 2. Dieses Gesetz tritt nach Befräftigung und Austausch des mit Rumänien geschlossenen Uebereinkommens bezüglich des Eisenbahnanschlusses in Kraft und werden mit der Vollziehung dieses Gesetzes der Minister für Kommunikation und Finanzen betraut.

Budapest, 20. Juni 1874.

Emerich Husár bringt nach kurzer Motivirung folgenden von den Abgeordneten Ernst Daniel, Com. Szeniczey, Alexander Trjunačy, Dr. Polit, Alg. Békthy, Alex. Nikolics, Dr. Jul. Náh, St. Matelcay, Dyon. Ghyczy, Gust. Vizsoly, Alex. Gubobdy und Paul Daniel unterzeichneten Beschlusssatz ein: Das Haus spreche beschlußweise aus, das Ministerium wird angewiesen, unverzüglich wegen Ausbaues der Gr. Kistinda-Semliner oder eventuell Gr. Kistinda-Pancsovaer Eisenbahnlinie ohne Zinsengarantie in Verhandlungen zu treten und noch im Laufe dieses Jahres bezüglich dieser Angelegenheit eine Vorlage zu machen, beziehungsweise einen Gesetzentwurf einzubringen.

Die Drucklegung wird angeordnet, bezüglich der Verhandlung wird das Haus demnächst beschließen.

Baron Julius Nyáry, der Schriftführer des Oberhauses, überbringt den Protokollauszug über das vom Oberhause angenommene Gesetz betreffs der Entschädigungspflicht der Eisenbahnen.

Das Haus übergeht hierauf zur Tagesordnung.

Auf denselben sichts der Bericht des Petitions-Ausschusses und wir bringen die über die Petition der sächsischen Jurisdiktionen wegen Verletzung des Ministers des Innern in Angelegenheit gepflogene Verhandlung hiemit in deutscher Uebersetzung nach dem Texte des ungarischen stenographischen Protokolls.

Ernst Daniel: Geehrtes Haus! Ich beehre mich, den Bericht des Petitions-Ausschusses bezüglich der in der 45. Serie enthaltenen Petitionen im Folgenden vorzulegen. (Wst.)

Die Petition der Stadt Vittritz; den Minister des Innern, Grafen Julius Szapary, wegen Verletzung der Gesetz in Anklagestand zu verzetzen.

„In Anbetracht, daß das Abgeordnetenhaus in dieser Sache bereits im entgegengeetzten Sinne entschieden hat, als es die Antwort des Ministers des Innern Grafen Szapary auf die gleichgeartete Interpellation des Abgeordneten Josef Gull in der am 23. Februar 1874 gehaltenen Sitzung mittelst des unter Protokollzahl 3054 enthaltenen Beschlusses zur Kenntnis nahm, geht das Gutachten der Petitions-Kommission dahin, diese Petition abzuweisen.“

Carl Decani: Geehrtes Haus! Ich kann den Vorschlag der Petitions-Kommission nicht annehmen. Das geehrte Haus wird sich erinnern, daß Josef Gull in der Sitzung vom 4. März l. J. einen Beschlusssatz einbrachte, der in dem an die Abgeordneten bereits vertheilten Protokoll unter Zahl 3107 enthalten ist. Dieser Beschlusssatz bezieht sich auf dieselbe Verordnung des Ministers des Innern, gegen welche die Petition der Stadt Vittritz gerichtet ist. Meiner Ansicht nach wäre es zweckmäßig, diese Petition gleichzeitig mit dem Beschlusssatz Josef Gull's zu verhandeln; ich gehe hierbei von der Ansicht aus, daß die zweimalige Beratung über eine und dieselbe Angelegenheit vermieden und durch die darüber sich entspinnde Debatte unlere ohnehin schon lang bemessene Zeit nicht in Anspruch genommen werde.

Ich erlaube mir daher zu beantragen: „Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, die an der Tagesordnung befindliche Petition sei mit dem bezogenen Beschlusssatz gleichzeitig in der anderaumten Frist zu verhandeln und bis dahin im Archiv des Hauses aufzubewahren.“

Schriftführer Algernon Békthy liest das überreichte Amendement.

Anton Boer: Ich will die Aufmerksamkeit des g. Hauses nicht lange in Anspruch nehmen mit Aufzählung der Gründe, die mich wegen könnten, den Antrag der Commission nicht anzunehmen und zu beantragen, es möge angeordnet werden, daß die auf den Gegenstand bezüglichen Acten im Sinne des §. 30 des III. G. U. v. J. 1848 durch den Minister des Innern auf den Tisch des Hauses niedergelegt und dem Petitions-Ausschusse zur Pflicht gemacht werden, diese Acten zu studiren und in der nächsten Sitzung, in welcher Petitionen verhandelt werden, dem Hause einen erschöpfenden Bericht zu erstatten, damit das Haus diesbezüglich einen Beschluß fassen könne. Da ich aber aus dem Berichte des Petitions-Ausschusses ersehe, daß die in dieser Angelegenheit eingereichten Petitionen dasselbe enthalten, was im Antrage meines Deputirtencollegen Gull ausgedrückt erscheint, über welchen Antrag der Herr Minister des Innern sich vor dem Hause äußerte, das Haus ferner diese Angelegenheit vollkommen billigte: so nehme ich den Commissionsantrag an, bin durch denselben befriedigt und finde auch ich den Antrag des Petitions-Ausschusses am Platze, demnach bitte ich das g. Haus, das jetzt eingebrachte Amendement abzulehnen und die Meinung des Petitions-Ausschusses anzunehmen. (Zustimmung.)

Ludwig Csernatony: Geehrtes Haus! Ich will meine Zustimmung zu dem Berichte des Petitions-Ausschusses mit einigen kurzen Bemerkungen begründen.

Ich zählte zu denen, die, als diese Angelegenheit auf's Tapet kam, geneigt waren, einigermaßen abweichender Meinung zu sein von der Anschauung der Majorität des Hauses betreffs des Vorgehens des sehr geehrten Herrn Ministers des Innern. Was aber seither von der entgegengeetzten Seite geschehen, ist so empörend für jeden patriotischen Menschen (lebhaft Zustimmung), daß es unmöglich ist, daß ich, wenn ich auch vollkommen entschlossen gewesen wäre, in diesem meinen Entschlusse weiter verharren könne. Ich gesthe, daß ich starke Lust verspürte, dem Amendement von einem gewissen Standpunkte aus zuzustimmen, nämlich von dem Gesichtspunkte aus, um zu sehen, ob nicht Jemand in Anklagestand zu versetzen sei (Zustimmung); doch ist dieser Jemand nicht der Minister des Innern, sondern das sind die, welche dieses Land systematisch vor dem Auslande beschmutzen (Allseitige, lebhaft Zustimmung; Rufe: So ist es!), die, welche in diesem Vaterlande Zwietracht säen (So ist es!); diese soll man auf die Anklagebank setzen (Lebhafter Beifall); und wenn den Minister des Innern schon ein Vorwurf treffen kann, so ist es der, daß er die Anklage gegen diese gewissen Leute nicht eingeleitet hat. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Ich sage nichts mehr, denn ich hoffe, daß ich so glücklich war, die Gefühle aller ehrlichen Ungarn zu verdolmetzen. (Allgemeine lebhaft Zustimmung und Beifall.)

Daniel Tranyi: Geehrtes Haus! Als die Mehrheit des Hauses die Antwort des Herrn Ministers des Innern auf die Interpellation unseres Abgeordnetencollegen Josef Gull durch Erheben von dem Sitze zur Kenntnis nahm, blieb ich sitzen; ich habe mich von meinem Sitze nicht erhoben, weil ich, obgleich ich den ersten Theil der Antwort des geehrten Herrn Ministers, beziehungsweise seines an die sächsische Nationaluniversität gerichteten Erlasses vollkommen billigte, betreffs des zweiten Theiles der Antwort und des Erlasses einige Zweifel hegte. Ich habe vollkommen geneigt, daß der Herr Minister des Innern die kühne Forderung der sächsischen Nationaluniversität, auf Grund deren sie den Wirkungskreis der ungarischen Gesetzgebung betreffs des Königstobens bestritt, nicht nur zurückwies, sondern ernstlich rügte und ihren diesfälligen Beschluß cassirte. Der vorerwähnte Schritt der sächsischen Nationaluniversität hat eine solche ernste, solche entschlossene Abneigung verdient. (So ist es!) Doch muß ich bekennen, ich war und bin auch heute noch nicht im Reinen, ob die sächsische Nationaluniversität berechtigt ist oder nicht, in politischen Angelegenheiten an die Regierung zu repräsentiren? (Rufe: Sie hat kein Recht!)

Der Herr Abgeordnete Gull hat behauptet, sie habe dieses Recht, jedoch ohne zum Erweise dieser Behauptung spezielle Daten vorgebracht zu haben. Der Herr Minister des Innern, Graf Szapary, hat dieses Recht der sächsischen Nationaluniversität bestritten (Rufe: mit Recht!); doch brachte er zur Rechtfertigung dieses Einwandes keinen anderen Beweis vor, als den, welchen er aus der Zeit, nicht der constitutionellen sondern, der absoluten Macht herleitete; das aber, geehrtes Haus, kann für das ungarische Parlament unmöglich maßgebend, unmöglich entscheidend sein. Es darf wohl keinem Zweifel unterliegen, daß als Basis unserer Entscheidung die Uebersetzung dienen müsse: ob die sächsische Nationaluniversität in der constitutionellen Aera bis zum Jahre 1848 im Besitze des Repräsentationsrechtes war, oder nicht. Wenn sie dieß Recht bejaß, so folgt von selbst daraus, daß, nachdem das Unionsgesetz die Jurisdiktionen und auch die sächsische Nationaluniversität in ihrem Rechte beließ, — sie das Repräsentationsrecht hatte; während sie wenn, sie in der constitutionellen Aera nicht im Besitze des Repräsentationsrechtes gewesen, von demselben auch bei dieser Gelegenheit keinen Gebrauch machen konnte und der Minister correct gehandelt hat.

Ich, meinerseits, erachte es für nöthig zur Aufklärung Mancher zu bemerken, daß ich einen Unterschied zwischen einfachem Petitionsrecht und Repräsentationsrecht sehe. Das Petitionsrecht steht jedem Einzelnen, jeder Gemeinde, jeder Jurisdiktion zu; das Repräsentationsrecht hingegen gebührt nach meiner Ansicht nur den Municipien, insoferne sie zu den an sie ergangenen Regierungserlassen ihre Bemerkungen machen und den Grund angeben können, warum sie dieselben nicht annehmen können und weßhalb sie deren Abänderung verlangen. Dieses Recht — sage ich — unterscheidet sich daher von dem Petitionsrechte, welches jedem Bürger, folglich auch den aus einer geringern oder größern Anzahl von Bürgern bestehenden Körperschaften zusteht.

Seither haben sich mehrere sächsische Municipien, Städte Stühle mit Petitionen an das g. Haus gewandt, bezüglich deren durch die Commission ein Gutachten schon vorgelegt wurde. Unser Deputirtencollega Josef Gull hat in derselben Sache einen Beschlusssatz eingereicht, dessen Inhaltes ich mich in diesem Momente nicht entsinne; da ich aber, g. Haus, glaube, daß wir damit, wenn wir diese sehr wichtige Angelegenheit, unter Berücksichtigung aller einschlägigen Daten, prüfen, gar nichts riskiren und es uns sogar möglich machen, gerecht zu urtheilen: so sehe ich gar keine Gefahr darin, wenn wir heute in dieser Angelegenheit keinen Beschluß fassen. (Zustimmung auf der äußersten Linken.)

Ich, g. Haus, bin, wie ich gesagt habe, bereit und entschlossen, dem Minister des Innern Recht zu geben, wenn der alte Usus nicht für die sächsische Nationaluniversität spricht; im entgegengeetzten Falle, wenn die sächsische Nationaluniversität und beziehungsweise die in ihrem Namen eintretenden Abgeordneten den Nachweis liefern werden, daß die sächsische Nationaluniversität seit Leopold I. bis zum Jahre 1848 angeordnet und unanfechtbar das Repräsentationsrecht geübt hat, werde ich eben so entschieden erklären, daß ich, insolange dieses Gesetz nicht abgeändert wird, das Repräsentationsrecht der sächsischen Nationaluniversität nicht in Zweifel ziehe.

Die Frage ist somit eine factische Frage; die muß sich auflären und sie kann ins Klare gebracht werden. Die betreffenden sächsischen Abgeordneten können, wenn es ihnen gefällig ist, aus dem amtlichen Archive der sächsischen Nationaluniversität alle Repräsentationen, die sie an die betreffende Regierungsorgane: Gubernium, Hofkanzlei gerichtet und alle Erlässe, die an sie hierauf herabgelangt, vorlegen. Wenn in diesen Erlässen, möge deren Inhalt wie immer geartet sein, das Repräsentationsrecht der sächsischen Nationaluniversität nicht bestritten wird, so konnte, nach meiner Ansicht, dieselbe sächsische Nationaluniversität auch bei diesem Anlasse repräsentiren; im gegentheiligen Falle aber, wenn die betreffende Regierungsbehörde das Repräsentationsrecht der sächsischen Nationaluniversität in politischen Angelegenheiten angefochten hat, dann ist der Minister des Innern im Rechte.

Ich ersuche demnach das geehrte Abgeordnetenhaus, behufs eingehenderen Studiums dieser Frage den Antrag unseres Deputirtencollegen Decani annehmen zu wollen, weil wir dieserweise in nichts präjudiciren und die Möglichkeit einer gerechten Urtheilssprechung schaffen. (Mehrseitige Zustimmung.)

Josef Gull. Welchen Standpunkt ich in dieser Sache einnehme, ist offen und aufrichtig eben in dem Beschlusse angedeutet, der in dem Antrage meines Abgeordnetencollegen Decani mit enthalten ist. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß, nachdem derselbe bereits zur Vertheilung gelangt ist, jedes Mitglied des geehrten Hauses diesen Beschlusse antrag kennt; auch ich halte es daher für überflüssig des weitern zu erörtern, daß der Beschlusse antrag sich mit demselben Vorgange des g. Herrn Ministers des Innern befaßt, gegen welchen die Petition der Stadt Bischof gerichtet ist; inwiefern der in dem Beschlusse antrage enthaltene Antrag selbst von dem in der Petition zum Ausdruck gebrachten Ansuchen abweicht, darüber sich in Erörterungen einzulassen, wird dann zweckmäßiger sein, wenn dieser Beschlusse antrag an die Tagesordnung gelangen wird. Diesem nach lasse auch ich mich in keine Erörterung des Wesens der Petition ein, mir das Recht vorbehaltend, welches die Hausordnung jedem Abgeordneten gewährt, das Recht nämlich, den Beschlusse antrag, möge die heutige Frage wie immer entschieden werden, eingehend zu entwickeln, wenn das Haus die Genehmigung haben wird, denselben an die Tagesordnung zu setzen. Da von der Motivirung jenes Beschlusses und von dem Beschlusse betreffs der Aufnahme desselben kein Umgang genommen werden kann, würde auch ich es für zweckmäßiger halten, wenn der Antrag Karl Defani's angenommen würde. Zwar bin ich mir dessen bewußt, daß rücksichtlich der Angelegenheit selber die Lage dadurch keine vorthellhaftere wird, auf Grund meiner bisherigen Erfahrungen stimme ich dem dennoch bei, um so mehr, weil es die Debatte vereinfacht und das Haus sich consequent bleibt, indem es auch bislang die Gepflogenheit war, die Verhandlung von Petitionen, welche mit einem Gesegentwurfe oder Beschlusse antrage im Zusammenhang standen, für die Zeit anzuberäumen, in der diese Entwürfe auf die Tagesordnung gesetzt wurden.

Worauf mit den Beschlüssen\*) abgezielt werden will, weiß ich nicht und verstehe ich nicht. (Rufe: Wir wissen es!)

Bei Erfüllung meines Berufes als Abgeordneter pflege ich nur auf Grund authentischer Schriftstücke und Daten zu sprechen und mein Votum abzugeben; ich aber habe weder in irgend einer Manifestation noch in irgend einem amtlichen Schriftstücke der sächsischen Nationaluniversität oder eines sächsischen Municipiums derlei jemals gefunden; etwas Anderes in die Debatte zu bringen, wäre eine heikle Sache, weil man nicht wissen kann, ob es auch wirklich begründet ist oder nicht; meines Wissens ist es nicht begründet.

Ich werde dem Vorausgeschickten gemäß, unter dem von mir betonten Vorbehalte, für den Antrag Karl Defani's stimmen.

Adam Lazar. Geehrtes Haus! Ich gehe nicht mit der Absicht um, die eigentliche Frage: welchen Einfluß die sächsische Nationaluniversität in öffentlichen Verwaltungsangelegenheiten in legislativischer Beziehung dormalen haben kann, zu ventiliren. Ich denke, diesbezüglich dürfte es genügen, auf § 1. des XLIII. G.-U. vom Jahre 1868 hinzuweisen. (Redner liest den Wortlaut des angezogenen §.)

Den vorliegenden Gegenstand anlangend, muß ich mit Bedauern gestehen, daß mir abermals einer Unterlassung der Regierung gegenübersehen, welche derlei mit dem Interesse des ungarischen Staates collidirende Auskünfte erzeuget.

Mit Rücksicht hierauf sei es mir gestattet, § 10 des berührten Gesetzentwurfs zu lesen. (Redner liest den untern Theil des bekannten Inhalts des § 10 des 43. G.-U. aus dem Jahre 1868, welcher von der sächsischen Nationaluniversität handelt; dann den gleichfalls bekannten § 11 desselben Gesetzes.)

Nun sei mir gestattet, nur so viel zu bemerken, daß bis zum Jahre 1848 nicht nur die sächsische Nation, sondern auch die ungarische und Szekler Nation, als gleichberechtigte Nationen das Recht besaßen, Nationalversammlungen zu halten, was die zu jener Zeit zu Stande gekommenen Municipalitäten beweisen. Seit jener Zeit herwärts haben aber diese Körperschaften keine publicopolitischen Rechte mehr ausgeübt. Dieses Recht übten im Sinne des 1848er und des auf demselben beruhenden 1868er Gesetzes die betreffenden Comitats, Stühle und Districte jedoch ohne daß die sächsische Nationaluniversität in solchen Fragen als Jurisdiction zweiter Instanz fungirt hätte. Es blieb ihr nur der Wirkungsbereich, daß sie die Verwaltung des sächsischen Nationalvermögens fortbesorgte; vor dem Jahre 1848 befaß sie jedoch das Appellationsgerichtsbarkeit, welches Recht aber durch den von mir citirten § 11 des 43. G.-U. vom Jahre 1868 aufgehoben wurde.

Wie die Frage jetzt steht und wie die Regierung sie zu regeln beabsichtigt, das wissen wir nicht. Meines Dafürhaltens ist die Entscheidung über diese Frage bei Anlaß der Verhandlung einer Petition, insbesondere da diese Petition die Vertretung des Ministers des Innern in den Anklagestand anstrebt, weder zeitgemäß noch hierher gehörig. Ich habe lediglich deshalb das Wort genommen, um die Unterlassung der Regierung zu constatiren und zu erklären, daß, wenn unsere sächsischen Mitbürger mit der von der ungarischen Gesetzgebung verleihtenen Gleichberechtigung nicht zufrieden sind, sie das Vaterland verlassen mögen (Weisfall), welches sie, wie es scheint, in den in- und ausländischen Blättern unablässig verleumben (Weisfall); doch mögen sie gewogenst erlauben, daß Ungarn, solange es besteht, alle jene Gesetze bringen und Verfügungen treffen könne (lebhafteste Zustimmung), welche die politische Einheit des ungarischen Staates festigen und sichern. (Allgemeine, lebhafteste Zustimmung.)

Ich unterstütze den Antrag der Petitions-Commission. (Zustimmung.)

Jakob Ananicher. Geehrtes Haus! Ich werde mich kurz fassen. (Hört.) Ich bebaure, daß ich das in Rede stehende Gesuch meinerseits nicht unterstützen kann. (Zustimmung.) Die Vertretung eines Mitgliedes der verantwortlichen Regierung in Anklagezustand zu verlangen, ist ein letztes Mittel, zu welchem eine besonnene, umsichtige, mit den Umständen weise rechnende Politik nur dann greift, wenn es bereits keine Hoffnung mehr gibt, die geschehene Verletzung auf anderem gesetzlichen Wege zu heilen. (Lebhafteste Zustimmung.)

Hier aber verhält sich, meiner Ansicht nach, die Sache anders. Der Gesetzentwurf 1848: 43 sichert vorläufig den Rechtskreis der sächsischen Nationaluniversität, bis die Legislative in dieser Angelegenheit endgiltig entschieden wird. Worin besteht dieser Rechtskreis der Universität? Wer die siebenbürgischen Gesetze und Rechtsverhältnisse gründlich kennt, kann es

\*) Gemanonty bediente sich nämlich des Ausdrucks: „piszlojak.“

nicht in Zweifel ziehen, daß die sächsische Nationaluniversität ein Repräsentations-, Korrespondenz- und Petitions-, sowie auch ein auf die Schaffung der Statuten sich erstreckendes Recht nicht nur befaß und noch heute befaßt, sondern dasselbe auch fast durch eine lange Reihe von Jahren anstandslos ausgeübt hat. Zum Beweise dessen können die im siebenbürgischen Gubernial- und Hofkanzlei-Archive befindlichen und der Regierung zur Verfügung stehenden Dokumente dienen. Eben darum muß ich es tief bedauern, daß der geehrte Herr Minister des Innern bei Erlassung seiner bekannten Verordnung mit Außerachtlassung dieses Rechtes der Thätigkeit der Legislative vorgriff. Obwohl das Abgeordnetenhaus das diesbezügliche Verfahren des Herrn Ministers aber nur in diesem Falle gutheißt, wurde die Angelegenheit bezüglich ihres eigentlichen Wesens noch nicht entschieden. Dies ist Sache der Legislative. Wir erwarten die Regelung mit Vertrauen auf die Weisheit der ungarischen Legislative.

Meine Herren! Was Einzelne thun, das darf man nie auf Rechnung einer ganzen Nation schreiben. Ich unterstütze den Antrag Karl Defani's.

Präsident. Geehrtes Haus! Bevor ich über die Frage abstimmen lasse, wird das Amendement Decani's ausgelesen werden.

Schriftführer Friedrich Wächter liest das Amendement Decani's. Präsident. Nimmt das Haus das Gutachten der Petitions-Commission in Angelegenheit der Petition der Stadt Bischof an? Diejenigen Herren, welche dasselbe annehmen, wollen sich von ihren Sitzen erheben. (Geschieht.) Das Haus nimmt das Gutachten der Petitions-Commission an.

Eine Diskussion ruft dann die Petition der Stadt Reckemet hervor, welche einen Steuerzuschlag und zugleich die Abänderung des über Steuernachlässe bestehenden Gesetzes dahin verlangt, daß auch bei Frostschäden Steuernachlässe statthaben sollen. Mocsary plaidirt in längerer Rede dafür, daß die Petition der Regierung „behufs Beachtung“ zugewiesen werde. Finanzminister Ghyzzy weist das Ungerechte des gestellten Verlangens nach und Polya spielt mit wicklamer Ironie darauf an, wie einzelne Abgeordnete die Localinteressen über die Staatsinteressen setzen. Wenn Obergurgan die an Obst erlittenen Frostschäden als Grund zu Steuernachlässen geltend machen wollte, hätte es mehr Recht dazu als Reckemet, welches nächst den Obst- und Weingärten auch noch 60,000 Joch Acker besitzt: allein wohin käme das Land, wenn jede Gegend und jede Stadt ihr separates Interesse in den Vordergrund stellen würde?

Das Haus verwies die Petition einfach an den Finanzminister.

Die Regierung nahm heute auch Gelegenheit, den Torontalern einen kleinen Trost zu spenden für die Enttäuschung, die ihrer Monstredeputation seitens der Regierung widerfuhr. Anlässlich einer Petition im Interesse der Linie Kikinda-Pancsova erklärte Kommunikationsminister Zichy, daß gegenwärtig internationale Verhandlungen über die serbischen und türkischen Bahnanastöße stattfinden; erst wenn diese beendet sind, können die einzelnen Linien festgesetzt werden. Er beantragt: das Haus möge beschlußmäßig die Petition ihm mit der Weisung überweisen, daß er dieselbe gleichzeitig mit den serbischen und türkischen Bahnanastößen in Betracht ziehen möge. Paul Daniel aus Torontal nimmt die Erklärung des Ministers mit Dank entgegen. Nachdem noch Nikolic — ebenfalls aus Torontal — mit den in der „Monstrepetition“ enthaltenen gegenwärtigen Argumenten für die Gewährung der Linie Kikinda-Pancsova plaidirt, acceptirte das Haus den Antrag des Ministers.

Nun erfolgte die Vorberhandlung über den Beschlusse antrag Solymossy's.

Der Antragsteller plaidirt für die Annahme seines Beschlusse antrages in einer längeren Rede. Nach einer kraftvollen Ausführung des Justizministers, in welcher dieser die Gefährlichkeit und Rechtswidrigkeit eines ohne äußerste Noth geschaffenen Moratoriums nachwies — und ein solches involviret der Solymossy'sche Beschlusse antrag mit der Verzögerung der zweiten gerichtlichen Feldbedeutung von Immobilien um ein volles Jahr — wurde der Antrag abgelehnt.

Die Gesegentwürfe über den Bau einer Klinik und über die Bewilligung von 500,000 fl. zur Vinderung des Nothstandes wurden ohne Debatte votirt.

Eine interessante Diskussion entspann sich über den Gesegentwurf, betreffend die Großjährigkeit der Frauen. Den §. 2, welcher die verheiratete Frau ohne Unterschied des Alters für großjährig erklärt, wollte ein Separatvotum gestrichen haben. Algernon Böttchy, Majoros und Szontagh tritten dafür, der Erstere mit großer Verbe. Das Haus acceptirte inebens nach einer schwungvollen, poetisch angehauchten Rede des Justizministers und nach schneidiger Argumentation des Referenten Letzthin den Paragraph mit 112 gegen 75 Stimmen.

Zum Schluß wurde über Antrag Károly's und Koloman Tisza's beschloffen, bis zur Verhandlung der Wahlnovelle nächst dem Informationsentwurf auch noch den Bericht der kirchenpolitischen Kommission und die Vorlage über den jüdischen Schulfond in Berathung zu ziehen.

Ungarn.

Budapest, 19. Juni. Wie die Abendausgabe der „Pester Correspondenz“ meldet, ist die heutige Nachricht des „Don“, daß die österreichische Staatseisenbahn-Gesellschaft die ungarischen Staatseisenbahnen aufkaufen werde, rein erfunden. — Zu der Abendconferenz der Deak-Partei wurde beschloffen, den Incompatibilitäts-Gesegentwurf Montag im Abgeordnetenhaus in Verhandlung zu nehmen und hierauf den Wahlnovellenentwurf, welcher von dem Central-Ausschusse erst in zwei Tagen stiftirt und bei 130 Paragraphen enthalten wird, zu verhandeln. Weiters wurde beschloffen, die Beschlusse anträge Solymossy's bezüglich eines Moratoriums bei erfolglosen Versteigerungen, und Horansky's, betreffend die Abschaffung der Excutoren, in der morgigen Unterhausung abzuwehren.

Wien, 20. Juni. Der halbmonatliche Saatenstandbericht des Ackerbauministeriums vom 16. d. M. constatirt, daß der Gang der Witterung der ersten Junihälfte beinahe überall in beiden Reichshälften der Entwicklung der Saaten sehr günstig gewesen sei; der Stand der Saaten ist ausnahmslos entweder vortrefflich oder wenigstens eine Mittelstufe versprechend; Roggen speziell eine gute Mittelstufe verheißend; die gegen Ende des halben Monats erfolgte, mit Gewitter, Hagelschäden und Wolkenbrüchen verbundene Abkühlung der Temperatur habe nur in vereinzelten nicht sehr ausgedehnten Landstrichen Nachtheile verursacht.

Prag, 20. Juni. Statthalter Baron Weber ist heute Früh mit dem Einzuge der Staatsbahn hier angelangt. Er besuchte den Kriegsminister und reist nach zwei Tagen nochmals nach Wien zurück.

Prag, 20. Juni. Der neue Reichs-Kriegsminister ist sammt Familie heute mit dem Abendzuge der Staatsbahn nach Wien abgereist. Die Abschiedsvorstellung auf dem Staatsbahnhofe war eine überaus glänzende. Anwesend waren Statthalter Baron Weber, Ober-Landesgerichts-Präsident Streit, die gesammte Generalität, alle Stabsoffiziere, die Statthaltereien und der Landesausschuß in corpore, dann die Spigeln aller übrigen Behörden und sämmtliche in Prag weilende deutsche Abgeordneten, sowie ein sehr großes Publikum. Die Ehrenkompagnie des Regiments Degenfeld war mit der Musikfelle ausgeführt. In besonders auszeichnender Weise verabschiedete sich der Reichs-Kriegsminister von den Mitgliedern der Verfassungspartei, Dr. Schmeytal und Statthalterrathe Kotky. Den Reichs-Kriegsminister begleiteten die wärmsten Sympathien der Bevölkerung.

Lemberg, 20. Juni. Das Cultusministerium hat die mit Erlaß vom 13. März den galizischen Ordinariaten ertheilte Erlaubniß, die aus der Chelmer Diöcese vertriebenen unirten Geistlichen bei galizischen Pfarreien als Hilfsgeistliche anzustellen, wieder zurückgezogen.

Russland.

Berlin, 20. Juni. Die „Norddeutsche Zeitung“ sichtet in den Resolutionen des Mainzer Katholikenvereins den Beweis, daß Rom zur Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland entschlossen sei und sagt: Den Regierungen, speziell der preussischen, werde dadurch die Pflicht auferlegt, gegen die reichstaatsfeindliche Kriegspartei zur Wahrung der Unabhängigkeit des Staates alle gesetzlichen Mittel zu gebrauchen.

Berlin, 20. Juni. Der „Börse-Courier“ meldet: Von der am 1. Juli eintretenden Gütertarifierhebung bleiben vorläufig (wahrscheinlich bis Ende des Jahres) die Frachttäge im direkten Verkehr mit den österreichischen, holländischen, englischen und französischen Stationen ausgeschlossen, nicht dagegen die im Verkehr mit der Warschau-Wiener Bahn.

Bremen, 19. Juni. Heute Nachmittags um 4 Uhr traf der König von Sachsen ein und wurde vom deutschen Kronprinzen auf dem Bahnhofe herzlich begrüßt. Der König stieg bei dem sächsischen General Leypold ab.

Bremen, 19. Juni. Der deutsche Kronprinz traf um halb 8 Uhr Morgens ein und wurde vom Senats-Präsidenten, dem Ausstellungs-Präsidenten, dem preussischen General-Consul, den Spigeln der Behörden und zahlreichen Officieren am Bahnhofe empfangen. Der Kronprinz fuhr mit dem Ausstellungs-Präsidenten, bei welchem er Wohnung genommen, nach der festlich geschmückten Stadt und wurde von der zahlreich versammelten Menge enthusiastisch begrüßt. Der Kronprinz traf um halb 11 Uhr auf dem Ausstellungs-Platz ein und betrat den Fürstentempel, vom Publicum mit lebhaften Hochrufen empfangen. Im Fürstentempel waren anwesend: Prinz Albrecht von Preußen, Fürst Hohenlohe-Schillingsfürst, General Blumenthal, der Minister des Innern Graf Culenburg, der Präsident der Ausstellung und zahlreiches Gefolge. Der Kronprinz schenkte der Vorführung der prämirten Pferde große Aufmerksamkeit. Abends 8 Uhr findet der Empfang der Senatsmitglieder und Vorführung der Preisrichter und dann ein Ständchen der Liedertafel statt.

Bremen, 20. Juni. Der Kronprinz besuchte heute die Ausstellungs-Abtheilungen für Producte, Fabricate und Maschinen und verließ den Ausstellungsplatz um halb 2 Uhr. Der König von Sachsen fuhr Vormittags durch die Stadt, besichtigte die Börse, das Gewerbehause und die Ausstellung, besonders die Blumen- und Productenhalle, und wohnte dann der Vorführung der prämirten Pferde bei. Die Abreise des Königs von Sachsen erfolgt morgen Abends.

Der Kronprinz wird vor seiner Abreise Sonntags dem Hauptgottesdienste in der Domkirche von St. Peter beiwohnen.

Stuttgart, 20. Juni. Der Landtag wurde durch die Thronrede des Königs geschlossen. Die Thronrede dankt dem Landtage für den Eifer und Hingabe bei Erledigung der Vorlagen, als deren wichtigste die Verträge hervorzuheben sind, welche zur Herstellung des neuangeinigten Deutschland abgeschlossen wurden.

Kopenhagen, 20. Juni. Der König nahm die Demission des Finanzministers an und beauftragte den Konseilspräsidenten interimsweise mit den Geschäften des Finanzministers.

Haag, 20. Juni. Gerüchtweise verlautet, daß das Ministerium in Folge des gestrigen Kammervotums, wonach die Gerabsetzung des Wahlzensus verworfen wurde, demissioniren werde. Montag werden hierüber die Mittheilungen an die Kammer erwartet.

Paris, 19. Juni. Der Kritiker Jules Janin ist gestorben. Die Ankunft der Herzogin von Madrid in Paris wird demontirt; dieselbe befindet sich in Navarra bei ihrem Gemale Don Carlos.

Versailles, 19. Juni. (Sitzung der National-Versammlung.) Die Majorität der Decentralisations-Commission will den Entwurf über die Organisirung der Municipal-Behörden zurückziehen; die Commissions-Minorität dagegen nimmt denselben wieder auf. Sodann wird ein Amendement Veranda's, welches die drei Artikel des Municipal-Entwurfs unterdrückt, welche die Sicherung der Vertretung von Minoritäten durch Cumulativ-Abstimmungen bezweckten, mit 579 gegen 33 Stimmen angenommen. Morgen findet die Debatte über den Artikel XIV betreffs der Ernennungen der Maires statt. Der Minister des Innern wird das Verlangen stellen, das Recht der Maires-Ernennungen der Regierung zu überlassen.

Die Verfassungs-Commission wird Montag über den Antrag Perier's Beschluß fassen; man glaubt, sie werde dem Antrage des Grafen Lambert de Sainte-Croix den Vorzug geben. In der heutigen Sitzung der Verfassungs-Commission erklären die Legitimisten, daß sie keinerlei Project annehmen werden, welches das monarchische Prinzip direct oder indirect beeinträchtigt.

Brüssel, 20. Juni. Der „Nord“ veröffentlicht den Wortlaut des in 13 Kapitel eingetheilten Entwurfs für die Verathung der hiesiger internationalen Kommission über die Verathung des Kriegsvölkerrechtes.

Genf, 20. Juni. Die erste Nummer Rochefort's „Lanterne“ ist bereits hier erschienen; dieselbe wurde bei Beresoff gedruckt.

London, 19. Juni. (Unterhausung.) Unter-Staatssecretär Burke antwortet auf eine Anfrage O'Brien's, daß weder Brasilien, noch die argentinische Republik bei ihren Differenzen die Vermittlung Englands in Anspruch nahmen; England sei zur Vermittlung bereit, wenn seine guten Dienste verlangt würden.

Bukarest, 19. Juni. „Pressa“ constatirt auch heute wieder als erfreuliche Thatfache, daß die europäische Tagespresse sich nach wie vor noch immer sehr lebhaft mit den Rechten Rumäniens beschäftigt und die unlangst erschienene Brochure: „Die tractatmäßigen Rechte Rumäniens“ eingehenden Erörterungen unterziehe. So habe — wie „Pressa“ weiters ausführte — das officielle Organ in Rom: „Opinione“ eben erst dieser Tage wieder eine Correspondenz gebracht, in welcher auf Grundlage der Tractate und mit unwiderstehlichen Argumenten nachgewiesen werde, daß Rumänien alle Souveränitäts-Rechte besitze. Ein anderes italienisches Blatt: „Giornale di Padova“ lenkte die Aufmerksamkeit der Italiener auf die Donaumündungen, indem es sich aus Rom Folgendes schreiben lasse:

„Möglich, daß meine Idee eine fixe ist; möge sie es sein; allein ich bin überzeugt, daß Italien am Schwarzen Meere etwas zurückzuführen hat: seinen Einfluß nämlich, und von Italien erwartet Europa die Initiative zu Gunsten seiner größeren Tochter Rumänien.“

Vor mir liegt eine Schrift eines alten Diplomaten. Einige hiesige Blätter, darunter auch die „Opinione“, haben sich mit diesem Werke, wenn auch nur all zu kurz, beschäftigt. Die Frage, die in dieser Brochure behandelt wird, hat die volle Unabhängigkeit Rumäniens zum Vorwurfe und würde eine nähere Beleuchtung erfordern.

Der ausgezeichnete Verfasser beweist, mit der Geschichte und den Tractaten in der Hand, daß Europa, über das muslimännische Vortheil der Suzeränität hinweggesetzt, nichts anderes thun würde, als dem Rechte sein Recht geben.

„Rumänien ist keine türkische Provinz, sondern ein Land, dessen Autonomie constituirt ist, dessen Beziehungen zu der Türkei durch die alten Capitulationen geregelt sind.“

„Rumänien ist sich erfreut, die aus dem Jahre 1858 concessirten...“

„Dieses „Jorden aus Rom fort“ ist gerichteter Appell. Welche Rechte, gleichwie aus dem Pariser Kongresse stehende Diplomat sich...“

„Ich weiß nicht, Italiens, über die Sach Meinung jenem Volk zu...“

Polen.

— Der 1. ung. Zu Robay zum Gerichtspräsidenten Simon Gajago gleichfalls — weites den Grundbuche zum Grundbuchleiter-Adjunkten Kauslitsch des k. k. k. Besonderegelehrter...“

— (Ein Prei landwirthschaftliche Ver An demselben be...“

Unter den concurren bei gleich vollkommener Zugkraft in Anspruch...“

Bei der Preisvertheilung der Majestätischer Herrscher erhalten den übrigen maßgebende...“

Unter den concurren bei gleich vollkommener Zugkraft in Anspruch...“

Bei der Preisvertheilung der Majestätischer Herrscher erhalten den übrigen maßgebende...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Bei gleich vorzüglicher Vorzug, welche sich an weniger Handarbeit erst und Strochopfer mährt, Ablegen möglichst regel...“

Rumänien ist demnach ein unabhängiges Land, das aller Rechte...

Dieses „Jordern“ in der Mehrzahl — fährt der Correspondent...

Ich weiß nicht, wie Graf Benoit, der Minister des Aeußern...

Sokal- und Tagesnachrichten.

Der k. ung. Justizminister hat den Magyarisirten Einwohner Alexander...

(Hagelschlag.) Heute 10 1/2 Uhr Vormittags ging hier...

(Ein Preis-Mähren) veranstaltet der Eisenburger...

An demselben betheiligen sich ausschließlich Ernte- und Mäh-

Unter den concurrirenden Maschinen erhält jene den Vorzug, welche...

Bei der Preisvertheilung wird die möglichst einfache und dauerhafte...

Ferner erhält jene Maschine den Vorzug, welche, abgesehen von...

Bei gleich vorzüglichen Eigenschaften erhält jene Maschine den...

Preis sind: Staats-Medaillen erster, zweiter und dritter Classe...

Von den concurrirenden Maschinen kann ohne Einwilligung der...

Die in- und ausländischen Maschinen-Fabrikanten werden zur Ein-

Die Herren Theilnehmer werden aufgefordert, ihren bezüglichen...

Derfelbe wird auch erwirfen, daß das Resultat des Preis-Mähens...

Die weiteren Bestimmungen, resp. Tagesordnung des Preis-Mähens...

(Ein österr. u. ungar. Weltausstellung) Die Interatent-Agentur...

(Wechselkäufung.) Der Bester Filiale der Nationalbank...

(Sachkundiger Krankenkranke.) Es dürfte kaum eine Kranke geben, die so lange an das Krankenlager gefesselt ist...

(Zum erbitterten Napoleon-Stiefel.) Ein Schuster in Großwardein, dem es in früheren Jahren so gut ging...

(Zwölf Eidechsen im Magen.) Wir berichteten neulich den Fall...

(Ein Duell.) In Dresden hat der Umstand, daß eine Verlobung...

(Ein Traupmann im Elsaß.) Ueber ein grauenvolles Verbrechen...

Nachdem sich der Mörder überzeugt, daß der Bruder wirklich todt...

Wit größter Seelenruhe begab der Wölder sich sodann nach seiner...

(Sie sitzen im Käthen.) Man schreibt aus London, 6. Juni...

(Livingstone's Hinterbliebene.) Bei einem Meeting der Londoner...

langen; überdies hat die Regierung die Zahlung der noch ausstehenden...

Aus der Schießstätte.

Das Resultat des Schießens vom 21. Juni war Folgendes. Es...

- 1. Trefferbest Josef Heinrich, 2. Andreas Binder, 1. Glücksbest Andreas Binder, 1. Rudolf Brunner, 1. Würgbest Rudolf Brunner, 2. Karl Moserdt.

Theater.

Wer da meinte, sich in der geistigen Venetia-Vorstellung zu...

„Die Rekrutierung im Krähwinkel“, diese bekannte derbe komische...

Das Programm des Abends schloß mit „Tulipatan“, der hier neuen...

Somit hätte ich alle Mitwirkenden erwähnt und — gelobt, ihr...

Telegramme

„Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“

Budapest, 22. Juni. (Abgeordnetenhausung.) Ministerpräsident Stefan...

Wien, 22. Juni. Ihre Majestät die Kaiserin ist Mittags nach...

Berlin, 22. Juni. Die Bischofskonferenz in Fulda dauert Mittwoch...

Köln, 22. Juni. Einem Gerüchte zufolge gedächten die preussischen...

Posen, 22. Juni. Der Kultusminister ernannte Administratoren...

H Haag, 22. Juni. Das Gesamt-Ministerium hat seine Demission...

Rom, 22. Juni. Der Papst empfing gestern die Vertreter der...

Belgrad, 22. Juni. Der Exministerpräsident Garaschin ist gestorben...

Freundenliste.

Hotel Neuhrer. Dr. B. Galben, Professor aus Bukarest; S. Schander...

Telegr. Wiener Cours vom 22. Juni 1874.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes Metalliques, National-Anlehen, Staats-Anlehen, etc.

